

INDIEN

Christen wegen angeblicher Zwangsmisionierung eingesperrt

Zum „Gefangenen des Monats April 2023“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die evangelische Nachrichtenagentur IDEA den indischen Pastor Ramesh Vasuniya benannt. Sie rufen dazu auf, sich für den Inhaftierten aus dem Bundesstaat Madhya Pradesh einzusetzen. Am 5. Dezember 2021 kamen Polizisten in den Gottesdienst seiner Hauskirche im westlichen Regierungsbezirk Jhabua. Vor den Augen der Betenden nahmen sie den Pastor mit. Darüber hinaus wurden weitere Gemeindeglieder festgenommen.

Ein 70-jähriger Hindugelehrter soll ihn laut Polizeiprotokoll angezeigt haben. Er habe als Schaulustiger am Gottesdienst teilgenommen. Dabei habe ihn der Pastor mit Weihwasser besprengt und jedem, der zum Christentum übertreten würde, eine statt-

Musterbrief

Ihre Exzellenz
Staatspräsidentin Draupadi Murmu
c/o Botschaft der Republik Indien
Tiergartenstraße 17
10785 Berlin
Fax 030-26557000

Eure Exzellenz,

ich wende mich heute in Sorge wegen der Inhaftierung des Christen Ramesh Vasuniya an Sie: Am 5. Dezember 2021 unterbrach die örtliche Polizei den Gottesdienst seiner Hauskirche im Dorf Padalya (Distrikt Jhabua/ Bundesstaat Madhya Pradesh). Vasuniya ist dort Pastor. Vor den Augen der Betenden nahmen sie ihn mit. Er soll von einem Dorfbewohner angezeigt worden sein. Ihm wird vorgeworfen, mit materiellen Anreizen für den Übertritt zum Christentum geworben zu haben, wozu jedoch keine Anhaltspunkte vorliegen.

Exzellenz, bitte tun Sie alles in Ihrer Macht Stehende, um die Freilassung des Pastors zu erreichen. Indiens beispielhafter Säkularismus könnte zusammen mit der Religionsfreiheit auf Dauer in Gefahr geraten, wenn Anti-Konversionsgesetze insbesondere gegen Angehörige religiöser Minderheiten missbraucht werden. Mit der Ratifizierung des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte hat sich Indien zudem zur Achtung der Religionsfreiheit verpflichtet.

Hochachtungsvoll

Musterbriefe in deutscher und englischer Fassung können Sie herunterladen:
<https://www.religionsfreiheit-igfm.info>



FOTO: CC BY-SA 3.0 WIKIMEDIA COMMONS

liche Belohnung versprochen, angeblich Geld, ein Motorrad und medizinische Hilfsmittel.

Die Inhaftierung erfolgte einen Tag nach einem Gerichtsprozess um Vorwürfe gegen die örtlichen Christengemeinden. Lokale Hindunationalisten hatten ihnen bereits seit rund einem Jahr illegale Misionsaktivitäten vorgeworfen. Die Gemeindeleiter hatten sich gegen diese Vorwürfe zur Wehr gesetzt. Unter ihnen war Vasuniya. Die Festnahme erfolgte auf der Grundlage des 2021 in Madhya Pradesh eingeführten sogenannten Anti-Konversionsgesetzes.

BANGLADESCH

Pogrome gegen Ahmadiyya-Gemeinschaft

In Bangladesch ist am 3. März der Ahmadi-Muslim Jahid Hassan von einem Mob erschlagen worden. Der Mord ereignete sich während mehrtägiger Pogrome in der Stadt Ahmednagar, die sich gegen die örtlichen Ahmadi-Muslime richteten. Die Gemeinde beging in den Tagen gerade ihre Jahresversammlung. Der junge Mann, der Medienberichten zufolge Mitte 20 war, versuchte, den Veranstaltungsort vor Schlägertrupps zu beschützen, fiel ih-

nen dann aber selbst zum Opfer. Die aufgebrachte Menge setzte eine Moschee und eine Klinik ebenso in Brand wie zahlreiche Häuser und Geschäfte, die sie teilweise plünderte. Radikalislamische Kleriker hatten ihre Gläubigen zu den Angriffen angestachelt.

Bereits im Februar 2023 wurden mehrere Ahmadiyya-Zentren in dem südasiatischen Staat zu Zielscheiben von Gewalt. Anders als in Pakistan, wo eigens gegen

die Ahmadiyya gerichtete Gesetze gelten, ist in dem ebenso mehrheitlich muslimischen Bangladesch die Religionsfreiheit nicht durch Gesetze eingeschränkt. Jedoch beobachten Menschenrechtsorganisationen schon seit Jahren mit wachsender Sorge Übergriffe auf religiöse Minderheiten und Andersdenkende durch fanatisierte Anhänger des Islam sunnitischer Ausprägung, dem die Mehrheit der Bevölkerung angehört.

Pastor Nadarkhani frei – aber weitere Strafen drohen

Der christliche Gemeindeleiter Youcef Nadarkhani vom Hauskirchenetzwerk „Kirche des Iran“ ist am 26. Februar aus der Haft entlassen worden. Bis auf einen kurzen Hafturlaub im Frühjahr 2022 befand er sich zuletzt mehr als vier Jahre – seit dem 22. Juli 2018 – hinter Gittern. Der Pastor war zunächst am 24. Juni 2018 zu zehn Jahren Haft und anschließend zwei weiteren Jahren Verbannung verurteilt worden, die er in Nikshahr, im Süden des Iran, verbüßen soll, rund 2.000 Kilometer entfernt von seiner Familie und Gemeinde. Im Juni 2020 wurde



Youcef Nadarkhan

bekannt wurde, dass das Strafmaß auf sechs Jahre reduziert wurde. Die Freilassung erfolgte aufgrund einer Begnadigung, jedoch leider nicht aus Respekt vor den Menschenrechten. So droht ihm möglicherweise noch eine Auspeitschung, wie Nadarkhani in einem Interview mit der britischen Organisation „Article 18“ berichtete. Er sagte auch, er sei „allen sehr dankbar“, die für ihn gebetet und an ihn gedacht hätten, während der im Gefängnis war. Die IGFM setzt sich seit seiner ersten Festnahme im Jahr 2009 für ihn ein. Weltweite Appelle halfen

Bahai noch stärker unter Druck

Der Menschenrechtsbeauftragte der Bahai-Gemeinde Deutschland, Jascha Noltenius, hat die massive Verschärfung der Verfolgung von Bahai im Iran seit Sommer 2022 angeprangert: „Am 31. Juli wurden Razzien in Häusern und Geschäften von 52 Bahai durchgeführt und 13 Bahai an diesem Tag alleine verhaftet“, sagte er bei einer Pressekonferenz der IGFM in Kooperation mit Partnern am 1. März in Berlin. Laut offizieller Erklärung des iranischen Geheimdienstministeriums handelte es sich bei den Inhaftierten um „Mitglieder einer Spionagepartei“. „Dies ist ein gängiger Vorwurf gegen die Bahai, dass sie spionieren würden für fremde

Mächte, was ein völlig haltloser Vorwurf ist“, erklärte Noltenius. Gemeinsam mit ihm, Uwe Heimowski, dem Politischen Beauftragten der Evangelischen Allianz Deutschland, sowie den Menschenrechtsaktivistinnen Daniela Sepehri und Neda Soltani thematisierte die IGFM die dramatische Lage der Bahai im Iran und appellierte an die Solidarität mit dieser Religionsgemeinschaft.

Den Grund für die Zuspitzung sehen die Beteiligten im Zorn herrschenden Mullahs über die Demokratiebewegung, der sich zunehmend stärker gegen angebliche Agenten richtet, die aus dem Ausland gesteuert seien. Neda Soltani, Menschen-

rechtsaktivistin und Referentin für gefährdete Forschende, berichtete über den Ausschluss der Bahai aus der iranischen Gesellschaft durch die Verweigerung von Hochschulbildung. Die Behörden stützten sich dabei auf ein Regierungsmemorandum durch den Obersten Führer Ayatollah Khamenei, demnach Bahai von der Hochschule verwiesen werden müssten, sobald bekannt werde, dass sie Bahai seien, teilte Soltani mit. Der Iran verstoße damit gegen seine völkerrechtliche Pflicht aus Artikel 13 des UN-Sozialpaktes, demzufolge jedem Bürger der Gesellschaft Hochschulbildung entsprechend seiner Fähigkeiten zugänglich zu machen sei.

NICARAGUA

Diktatur verfolgt die Kirche

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) weist mit großer Sorge auf die massiven Einschränkungen der Menschenrechte in Nicaragua hin. Dort hat die Regierung des Präsidenten Daniel Ortega die Schließung des katholischen Hilfswerks Caritas und zweier der Kirche nahestehender Universitäten sowie ein Prozessionsverbot verfügt. Als Reaktion auf Kritik an den Menschenrechtsverletzungen setzte die linksgerichtete Regierung sogar den Vatikan unter, seine diplomatische Vertretung dort zu schließen. Der Geschäftsträger der päpstlichen Nuntiatur verließ Mitte März Nicaragua. „Meinungs- und Religionsfreiheit sind im diktatorisch regierten Nicaragua praktisch

nicht mehr vorhanden. Jetzt sollen auch das öffentliche Gebet und Prozessionen zu Ostern verboten werden“, kritisiert IGFM-Vorsitzender Edgar Lamm. Zuvor war bereits die Verurteilung von Bischof Rolando Jose Alvarez, einem der bekanntesten Kritiker der Regierung, zu 26 Jahren Haft am 10. Februar 2023 international auf scharfe Kritik gestoßen.

Seit Jahren geht Präsident Ortega mit harter Hand gegen Kritik der katholischen Kirche, von Initiativen und unabhängigen Medien vor, die die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen der Regierung öffentlich machen. Die IGFM berichtete mehrfach über Zwangsschließungen karitativer Organisationen und katholischer

Radiosender, Brandschatzungen von Kirchengebäuden, Polizeikontrollen und Störungen von Gottesdiensten sowie von Drohungen gegen Gläubige.

Es ist zu befürchten, dass die Kirche in Nicaragua nun systematisch zum Schweigen gebracht werden soll. So werden immer mehr Fälle von Priestern bekannt, die verhaftet werden, weil sie in ihren Gottesdiensten auf Bischof Alvarez` Schicksal hinweisen. Die IGFM fordert die Regierung von Präsident Ortega auf, die Religionsfreiheit zu achten, den Christen im Land die Glaubensausübungen während der Karwoche ohne Einschränkungen zu ermöglichen und die inhaftierten Geistlichen sowie alle politischen Gefangenen freizulassen.